

# Waldorfschulen und ihre Nähe zur Rechtsextremisten jeder Art



Es ist ja nicht der erste Fall, egal ob "König Fitzek" oder "völkische Lehrer", bei den Waldorfschulen besteht eine gewisse Distanzlosigkeit und Nähe zu extrem rechten Kreisen und Gruppierungen.

Hier hätte einem Lehrer, oder auch dem Schulleiter, spätestens beim Lesen oder Verfassen des Werbeflyers eigentlich klar sein müssen, aus welcher Ecke der Wind weht. Aber, wahrscheinlich wurde der Inhalt nicht getanzt, was es diesen wohl wirklich außerordentlich guten Lehrkräften nicht möglich gemacht hat zu erkennen, welcher Schwachsinn schon in der Ankündigung verbreitet wird.



Da auf Waldorfschulen natürlich auch moderne Medien abgelehnt werden, war man auch nicht in der Lage nur einmal kurz Google nach dem Vortragenden und der dahinter stehenden Gruppierung zu befragen.

Die Tageszeitungen gehören bei diesem extrem gebildeten Lehrpersonal auch nicht zur Lektüre. Noch weniger kennt man wahrscheinlich die

## Veröffentlichungen aus den eigenen Reihen.

Es ist wieder einmal ein Paradebeispiel dafür, warum in den neuen Bundesländern nicht nur Pegida und Rechtsextreme sondern auch die diversen Reichsbürgerbewegungen so frei agieren können und Parteien wie die AfD oder NPD solchen Zuspruch finden.

Natürlich passt das, was ein Thomas Mann, Rigolf Hennig oder Ursula Haverbeck so von sich gibt, auch ideal zur Rassenlehre Steiners.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Rigolf\\_Hennig](https://de.wikipedia.org/wiki/Rigolf_Hennig)

[https://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/B%C3%A4rbel\\_Redlhammer-Raback](https://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/B%C3%A4rbel_Redlhammer-Raback)

<https://forum.sonnenstaatland.com/index.php?topic=577.0>

[http://www.nw.de/lokal/kreis\\_hoexter/warburg/warburg/20410578\\_Razzia-gegen-Freistaat-Preussen.html](http://www.nw.de/lokal/kreis_hoexter/warburg/warburg/20410578_Razzia-gegen-Freistaat-Preussen.html)

[http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media\\_fast/4055/FB\\_Reichsbuerger\\_2014\\_web.pdf](http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/FB_Reichsbuerger_2014_web.pdf)

<http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/1039714/>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/119/1711970.pdf>

---

# Der “Freistaat Preussen” und seine Wunscharmee



Wie bei allen der immer größer werdenden Zahl der diversen Reichsregierungen, geht man auch beim "Freistaat Preussen" davon aus, die einzig legitimierte Exilregierung zu sein.

Man veranstaltet munter Schulungen, verkauft für viel Geld seine Fantasiepapiere (die nötige Grundausstattung um sich Mitglied dieses "Staates" nennen zu dürfen, kostet etwas mehr als 130.- Euro), Kennzeichen und mehr, außerdem erläßt man mit wachsender Begeisterung irgendwelche "Proklamationen" oder schreibt Ministerien an um die "Machtübernahme" mitzuteilen und entsprechende Weisungen zu erteilen.

So hat Sabine aus der Familie Mika nicht nur das "Amt für besondere Angelegenheiten" inne, sondern ist auch die neue Verteidigungsministerin, wie sie in einem Schreiben an das Verteidigungsministerium wortreich mitteilte.

Hier liest man unter anderem

*Alle Soldaten sind hiermit unverzüglich aufgefordert, sich entsprechend ihrer Vereidigung auf das deutsche Volk: "... das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe..." sich sofort und unverzüglich um deren nationalen Schutz zu kümmern. Es ist aus vorweg genannten Gründen ab sofort unter Höchststrafe verboten, sich weiterhin in anderen Ländern an kriegerischen Handlungen jedweder Art zu beteiligen. Die Soldaten sind unverzüglich in ihre Heimat zurück zu leiten, samt ihrer Ausrüstung. Alle Soldaten haben während der Reorganisation der Bundesstaaten des Deutschen Reichs ab sofort nur noch den Anordnungen der administrativen Regierung des Freistaat Preußen Folge zu leisten, da die administrative Regierung des Freistaat Preußen gemäß Artikel 82 (1) der Verfassung des Freistaat Preußen, welche die Oberhoheit zur Neuordnung aller Bundesstaaten, sich in der Gesamtheit Deutsches Reich nennend, hat. Dazu hat unverzüglich eine entsprechende Veränderung der Beflagung zu erfolgen!*

*Auch die Kfz-Kennzeichen sind in ihrem Erscheinungsbild entsprechend dem Recht des Freistaat Preußen und dem Recht der anderen Bundesstaaten umzusetzen.*

*Die Umstellung betrifft auch die Uniformen. Aus Kostengründen sind während der Reorganisation die bestehenden Uniformen weiter zu benutzen, jedoch ist die Kennzeichnung an der Armeekleidung entsprechend umzustellen.*

*Dabei ist außerdem zu beachten, daß in jedem Fall die Genehmigung der administrativen Regierung des Freistaat Preußen einzuholen ist. Näheres dazu bestimmt das Gesetz.*

oder

*Dazu hat die [Bundeswehr/Armee] sofort und unverzüglich einen Arbeitsstab zu bilden, welcher mit der administrativen Regierung des Freistaat Preußen, Frau Mika / Bereich besondere Aufgaben die notwendigen Umstrukturierungen und anstehenden Aufgaben, Entgegennahme der Befehle zur Rückführung in die Staatlichkeit/Rechtsstaatlichkeit der [Bundeswehr/Armee] umsetzt. Die sofortige und unverzügliche Kontaktaufnahme hat zu erfolgen unter der Anschrift:*

*xxxxxx Straße 14  
[41372] Niederkrüchten  
Telefon: 02163 - xxxxxxxxxxx*

Manchmal bleiben solche Schreiben nicht ohne Wirkung, in diesem Fall führte es -nicht zuletzt weil ein weiterer Angehöriger der Regierung versuchte mit seinen Fantasiedokumenten des "Freistaates Preussen" entsprechende Waffen zu erwerben- zur Durchsuchung verschiedener Objekte in Willebadessen, Warburg und Borgenteich. ([1](#), [2](#) und [3](#))

Die Mühlen bei den deutschen Gerichten und Staatsanwaltschaften mahlen bekanntlich langsam, was natürlich auch durch die ellenlangen Schriftsätze der diversen "Rechtssachverständigen", "Büros für Völkerrecht" und anderen "Ministerien" verursacht wird, aber: sie mahlen.

So wurde jetzt von der Staatsanwaltschaft Paderborn Anklage wegen "Verstosses gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz" erhoben. ([4](#))

Man muss aber auch sagen, dass sich diese "Regierungsvertreter" wirklich extrem "intelligent" verhalten haben.

*Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft versuchte der Warburger, der sich selbst als Angehöriger der Gruppierung »Freistaat Preußen« bezeichnet, im September 2014 bei einem Waffenhändler in Luxemburg ein Schnellfeuer-*

*Maschinengewehr zu kaufen. Nach Angaben von Oberstaatsanwalt Marco Wibbe (Paderborn) wollte der Beschuldigte als »Vertreter für äußere Angelegenheiten der Provinz Westfalen des Freistaates Preußen« eine eigene Polizei für den »Freistaat Preußen« aufstellen. Der Waffenhändler lehnte einen Verkauf ab.*

*Im Dezember nahm der heute 31-Jährige erneut Kontakt zu dem Waffenhändler auf und legte als Legitimationsnachweis unter anderem einen »Staatsangehörigkeitsausweis« und einen »Waffenschein« des »Freistaates Preußen« vor. Der Händler lehnte einen Verkauf des Maschinengewehrs jedoch erneut ab und informierte die Ermittlungsbehörden.*

Wer hätte es gedacht, dass die Vorlage von irgendwelchen Fantasiedokumenten zur "Legitimation" selbst einen Waffenhändler misstrauisch machen? Es gehört wohl sehr viel Überzeugung oder auch pure Verzweiflung dazu, dass man überhaupt davon ausgeht, dass solche Dokumente irgendeinen Wert hätten. Liegt aber wahrscheinlich daran, dass man ja ordentlich dafür gezahlt hat.

Angesichts von soviel Blödheit kann man allerdings vermuten, dass der Richter nur schallend lacht und das Verfahren unter Umständen sogar einstellt. Letztendlich ist Dummheit ja nicht unbedingt strafbar.

Andererseits sollten die diversen Staatsanwaltschaften eventuell weiterermitteln. Da die Kassen -leider sind die meisten Menschen, die sich überhaupt für den Freistaat Preussen interessieren notorisch pleite und können die erforderlichen "Gebühren" nur mühsam abstottern- des Freistaats Preussen unter chronischer Ebbe leiden, plant man zwischenzeitlich (wohl nach Vorbild eines Peter Fitzek) eine eigene Bank, eigene Versicherungen und natürlich einen eigenen "Wachschutz". Bei letzterem ist nicht ganz klar, ob man hier eventuell im Bereich "Sicherheitsdienstleister" aktiv werden möchte. Natürlich angemeldet beim eigenen Gewerbeamt und nur an den Freistaat Steuern zahlend.

Die Verhandlung dürfte auf jeden Fall interessant werden. Man darf sich schon auf die Aufrufe zur Suche von "Prozessbeobachtern" freuen.

Sollten hier dieselben Auflagen gemacht werden wie dies beim AG Meißen der Fall war, dürfte es für die Staatsangehörigen und Regierungsmitglieder extrem schwierig werden am Prozess teilzunehmen. Führt doch angeblich der Besitz eines bundesdeutschen Ausweispapieres unverzüglich zum Ausschluss.

1. <http://www1.wdr.de/themen/aktuell/freistaat-preussen-100.html>
  2. [http://www.nw.de/lokal/kreis\\_hoexter/willebadessen/willebadessen/20409608\\_Razzia-in-Willebadessen.html](http://www.nw.de/lokal/kreis_hoexter/willebadessen/willebadessen/20409608_Razzia-in-Willebadessen.html)
  3. [http://www.nw.de/lokal/kreis\\_hoexter/warburg/warburg/11219121\\_Staatschutz-ermittelt-nach-Polizeieinsatz-in-Willebadessen.html](http://www.nw.de/lokal/kreis_hoexter/warburg/warburg/11219121_Staatschutz-ermittelt-nach-Polizeieinsatz-in-Willebadessen.html)
  4. <http://www.westfalen-blatt.de/OWL/Lokales/Kreis-Hoexter/Warburg/2240276-31-jaehriger-Warburger-soll-gegen-das-Kriegswaffenkontrollgesetz-verstossen-haben-Freistaat-Preussen-Staatsanwaltschaft-erhebt-Anklage>
- 

# **Weltkriege ungültig - Internationaler Gerichtshof setzt Wiederholungen an**





Den Haag - Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat heute in einer Sondersitzung beschlossen, dass beide Weltkriege als ungültig zu werten sind. Die Wiederholungen werden für die Jahre 2016-2020 und 2025-2031 angesetzt. Deutschland muss zuerst auswärts ran.

Unerwartete Folgen hatte die Klage der Bürger des Freistaates Preußen heute vor dem IGH in Den Haag. Die Kläger beehrten erhöhte Grundsicherungsleistungen nach HLKO, da der zweite Weltkrieg noch nicht beendet sei. Das Gericht folgte den Ausführungen der preußischen Sozialfälle und befand, dass den vorangegangenen Unregelmäßigkeiten nur mit einer Wiederholung beider Kriege Rechnung getragen werden kann.

So zeigten sich die Kläger nach der Verkündung durch das Gericht sichtlich zufrieden. „*Wir wollten einfach nur mehr Geld und jetzt dürfen wir sogar wieder Krieg führen*“ jubelte Bärbel R.-R. beim Verlassen des Gerichtsgebäudes. Durch das Urteil kommt ihre Initiative dem Friedensvertrag näher denn je.



Berlin macht sich berechnete Hoffnungen, das Finale und die Siegerehrung ausrichten zu dürfen

Im Berliner Bendlerblock laufen zwischenzeitlich die Vorbereitungen für das Hinspiel an. Die Vorbereitungszeit ist zwar relativ kurz, die Pläne liegen aber seit einem Jahrhundert in der Schublade. Trotz der Sorge, dass zwei aufeinander folgende Kriege das deutsche Volk überfordern könnten, gibt man sich selbst für das Rückspiel betont gelassen:

*Auch wenn wir ein solches Großereignis schon lange nicht mehr ausgerichtet haben, wird alles nach Plan verlaufen. Nachdem die Welt bereits bei der Fußball-WM 2006 bei uns zu Gast war, sehe ich keine Probleme für ähnliche Events“*

*- Ursula L., designierte Generalfeldmarschällin*

Beim kleineren Kriegspartner Österreich wurden allerdings durch die IGH-Entscheidung Begehrlichkeiten geweckt, da man hier das Eröffnungs-Triple schaffen möchte.



Österreich möchte traditionell  
eröffnen

*„Wir verlangen einen erneuten Blanco-Scheck. Präsident Heinz F. wird ferner eines seiner Kinder 2016 nach Sarajevo schicken“,* so Bundeskanzler Werner F. Im großen Nachbarland Deutschland gibt es bislang keine Reaktion hierzu. Hinter vorgehaltener Hand heißt es aber, solange das Finale in Berlin ausgetragen würde, stünde einer erneuten Partnerschaft nichts im Wege.

Aufgrund der Popularität der Veranstaltungen wird von Offiziellen nicht mit Bürgerprotesten gerechnet. Lediglich in einigen Städten, wie Dresden oder auch im japanischen Hiroshima, haben Bürgerinitiativen zu Schweigemärschen aufgerufen. In den Metropolen gibt man sich da deutlich ruhiger:

*Vorkommnisse wie der Feuersturm bei der Operation Gomorrha sind zwar für die Bevölkerung nicht angenehm; solche temporären Vorkommnisse muss man als Hanseat aber wegstecken können“ (Olaf Sch., Erster Bürgermeister Hansestadt Hamburg)*



In vielen Städten sollen Fan-Meilen zum Verweilen einladen

Auch an die Zivilbevölkerung wird gedacht, es soll nicht der Eindruck entstehen, es handele sich um eine reine Funktionärsveranstaltung. Beide Ereignisse werden im Free-TV übertragen werden. In allen großen Städten wird es Public-Viewing-Veranstaltungen und Mitmach-Events für Jedermann geben.